



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Arif Tasdelen, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Bayern steht an der Seite eines freien und gerechten Syriens – gut integrierte Syrerinnen und Syrer bleiben willkommen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt den Sturz des bisherigen syrischen Machthabers Baschar Hafiz al-Assad. Assad muss für die an Syrerinnen und Syrern begangenen Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Landtag unterstützt Bemühungen, die dazu beitragen, Syrien in eine friedliche, geeinte und sichere Zukunft zu führen. Bayern steht an der Seite aller Syrerinnen und Syrer, die voller Hoffnung sind auf ein freies und gerechtes Syrien.

Der Landtag stellt fest, dass die Lage in Syrien außerordentlich dynamisch, unübersichtlich und schwer zu bewerten ist. Deshalb ist die Entscheidung der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser richtig, die Bearbeitung von Asylanträgen auszusetzen, bis deutlich geworden ist, von welcher Natur die neue syrische Regierung sein wird. Die Macht wurde von der Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS), einem islamistischen Bündnis verschiedener Milizen, übernommen, denen etliche Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt werden. Der Landtag hält daher politische Forderungen nach einer stärkeren Rückführung syrischer Flüchtlinge aus Deutschland für verfrüht, unanständig und unseriös. Sie verunsichern Syrerinnen und Syrer, die hier arbeiten und Steuern zahlen, und die bayerische Wirtschaft, die dringend auf diese Arbeitskräfte angewiesen ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alles zu unterlassen, das den Fach- und Arbeitskräftemangel in Bayern noch verstärkt.

Begründung:

In Syrien herrscht seit 2011 Bürgerkrieg. Ende November 2024 begann das in der Provinz Idlib herrschende syrische Militärbündnis HTS in Kooperation mit dem Rebellenbündnis SNA eine Großoffensive in Richtung der syrischen Hauptstadt Damaskus. In der Nacht vom 7. Dezember auf den 8. Dezember 2024 floh der syrische Diktator Assad kurz vor der Einnahme von Damaskus aus dem Land. Am Abend des 8. Dezember 2024 gaben russische Medien bekannt, dass er sich mit seiner Familie in Moskau befinde und Asyl erhalten habe. Assad setzte die Streitkräfte Syriens ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung im Inland ein. Unter der Herrschaft Assads und seiner Familie sind systematische Entführungen, Morde und Folter durch die Streitkräfte Syriens, den syrischen Nachrichtendienst und den militärischen Geheimdienst belegt.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat das Ende des Assad-Regimes begrüßt und gefordert, dass die illegitime Einmischung Dritter in die Belange Syriens enden müsse. Derzeit

sind die Entwicklungen in Syrien kaum absehbar. Die HTS ist ein islamistisches Bündnis verschiedener Milizen, das schwere Menschenrechtsverbrechen, darunter Folter, extralegale Hinrichtungen, Diskriminierung von Frauen und Minderheiten sowie die systematische Unterdrückung politischer Gegner, Journalisten und Aktivisten begangen hat. Ob die Lage in Syrien sich durch die Machtübernahme der HTS sich tatsächlich beruhigt, ist zudem völlig offen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat entschieden, Entscheidungen zu Antragstellenden aus dem Herkunftsland Syrien zunächst zurückzustellen. Die Weiterentwicklung der Lage in Syrien wird beobachtet. Diese ist nach dem Sturz des Assad-Regimes außerordentlich dynamisch, unübersichtlich und schwer zu bewerten.

Im Gegensatz dazu haben Unionspolitiker – insbesondere Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Jens Spahn – den Sturz Assads dazu genutzt, um eine stärkere Rückführung syrischer Geflüchteter zu fordern, obwohl die EU-Kommission erklärte, dass die Bedingungen für eine sichere und würdevolle Rückkehr nach Syrien derzeit nicht gegeben seien. Niemand kann derzeit einschätzen, ob Syrien eine sichere Zukunft hat. Es wäre unmenschlich, syrische Geflüchtete sofort in Flugzeuge zu setzen, obwohl die Situation vor Ort völlig fragil ist. Diese populistische Rhetorik verunsichert die Menschen, aber auch die bayerische Wirtschaft. Die sofortige Rückführung gut integrierter Flüchtlinge, die etwa in der Pflege, in der Medizin oder der Kinderbetreuung arbeiten, würden einen unmittelbaren Wohlstandsverlust für Bayern bedeuten.